

als Kirche für andere begreift. Ziel ihres publizistischen Engagements ist es, „durch vermittelte (mediale) Kommunikation aktive soziale Teilnahme auszulösen“.

Da die Kirche aber auch den Auftrag hat, die Versöhnung Gottes mit der Welt durch Jesus Christus zu verkündigen, ist ihr der diakonische Dienst eigen. Im Blick auf das mediale Engagement gilt, daß die Kirche nicht nur für sich Ansprüche erhebt, sondern sich wesentlich als „Kirche für andere“ (Dietrich Bonhoeffer) versteht, die nach dem Prinzip „Engagement ohne Eigennutz“ handelt.

Zwischen Diakonie und Verkündigung

Betrachtet man die Aussagen aus dem Raum der evangelischen Kirche in den vergangenen Jahren zu den neuen Medien, dann stellt man fest, daß sich – ausgehend vom Spannungsverhältnis von Verkündigung und gesamtgesellschaftlicher Diakonie – der Schwerpunkt hin zum *diakonischen Handeln* verschoben hat. Diese Verschiebung geht zurück auf das „Freiheitspostulat“ der evangelischen Publizistik, für das sich *Robert Geisendörfer*, ein Nestor evangelischer Publizistik, einsetzte, wonach Kirche die Freiheit als „dienende Freiheit“ versteht und so „Stimme der Stimmlosen“ sein will.

Als Gegenakzent dazu ist die Zielsetzung der *Evangelikalen*, der theologisch konservativen und im Pietismus verwurzelten Protestanten in der EKD, zu verstehen, die neuen Medien wieder verstärkt für die Verkündigung zu nutzen. Seit über dreißig Jahren ist der in Wetzlar ansässige private Evangeliumsrundfunk (erf) bemüht, Verkündigung in den elektronischen Medien zu praktizieren – und dies mit Erfolg. Finanziert wird dieses evangelikale Unternehmen aus Spenden von Freunden und Förderern. Daß beim erf Kompetenz in Sachen medialer Verkündigung vorhanden ist, wird schon daran deutlich, daß sich die Landeskirchen bei ihrem Engagement im privaten Rundfunk beziehungsweise Fernsehen die Erfahrungen des erf zunutze machen.

Während dem erf eine Art Brückenfunktion zwischen Evangelikalen und Freikirchen einerseits und den evange-

lischen Landeskirchen andererseits zukommt, gibt es in der Nachrichtenberichterstattung zwei konkurrierende, oder – so der offizielle Sprachgebrauch in der EKD – einander ergänzende Dienste. Als Gegenüber zum Evangelischen Pressedienst (epd) ist in den siebziger Jahren der Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) in Wetzlar entstanden. Als besonders erfolgreich hat sich das Wochenmagazin „idea-spektrum“ erwiesen. Im Gegenüber zur Evangelischen Medienakademie des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik in Frankfurt haben die Evangelikalen auch eine eigene Einrichtung zur Weiterbildung und auch Förderung des publizistischen Nachwuchses: die Christliche Medienakademie in Wetzlar als Teil der Konferenz Evangelikaler Publizisten (Kep).

Neuerdings wird in der evangelischen Kirche wieder verstärkt danach gefragt, ob Medien überhaupt zur Verkündigung genutzt werden können, zumal dieser Prozeß als personales Geschehen eingestuft wird. Oft wird dabei der Begriff „Verkündigung“ aber zu eng definiert. Verkündigung in den Medien muß nicht zwangsläufig personale Kommunikation ersetzen, sondern kann – verstanden als Vorfelddarstellung, als Hilfsdienst – zu Glaube, Kirche, Gemeinde und somit zu personaler Begegnung in der Gemeinschaft führen.

Verkündigung ist nicht bloß Werbung für die Kirche, die diese auch braucht. Profilierte Verkündigung reicht tiefer und umschließt die ganze Lebenswirklichkeit des Menschen. Eine solche Verkündigung soll die Zuwendung Gottes in Jesus Christus zum Menschen zur Sprache bringen, als Befreiung aus der Isolation zur Kommunikation mit Gott und dem Nächsten. Sie soll Themen und Probleme menschlichen Lebens beschreiben, den alltäglichen Trend zu Schlagworten behindern und dadurch Zuspruch und Anspruch der Frohen Botschaft des Evangeliums zum Ausdruck bringen. Sie kann in der Vielfalt des gegenwärtigen Lebens durch die Reflexion der biblischen Tradition Hilfen bieten und christliche Grundhaltungen in ihrer Bedeutung für menschliches Zusammenleben herausstellen.

Udo Hahn

Demokratischer Durchbruch im Armenhaus

Albanien nach der Ablösung der früheren Kommunisten

Die Parlamentswahlen vom März dieses Jahres brachten für Albanien eine Machtablösung. Die Demokratische Partei konnte sich gegenüber den ehemaligen Kommunisten durchsetzen und ist jetzt beherrschende politische Kraft im Land. Unverändert schwierig ist die wirtschaftliche Lage in Albanien, das seine „Wende“ erst 1991 erlebte (vgl. HK, Mai 1991, 233 f.). Die Religionsgemeinschaften verzeichnen derzeit einen großen Zulauf.

Will man erfahren, wie die Umwandlung einer Gesellschaft von einem kommunistisch-sozialistischen Staatssystem mit all ihren positiven und negativen Folgen funktioniert, muß man sich mit dem Alltag in Albanien befassen. Zweifellos vollziehen sich solche Prozesse auch in anderen ost- und südosteuropäischen Ländern, Albanien scheint jedoch ein Extremfall zu sein. Das vielleicht deswegen, weil die Anhänger der kommunistisch-diktatori-

schen Ideologie in diesem Balkanland der Gesellschaft die tiefsten und nur schwer heilbaren Wunden geschlagen und der Bevölkerung besonders großen Schaden zugefügt haben. Am albanischen Volk sei das schlimmste Experiment seitens der Kommunisten durchgeführt worden, meinte unlängst der Vorsitzende der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Albanien, *Hafiz Sabri Koci*.

Aber die Zeiten ändern sich, und die Uhren werden auch in Albanien nachgestellt. Im Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate – von den ersten pluralistischen Parlamentswahlen der Nachkriegszeit bis zu den zweiten am 22. März dieses Jahres – ist festzuhalten, daß in Albanien große Anstrengungen unter äußerst schwierigen Bedingungen sowohl im politischen Leben als auch in der Wirtschaft unternommen wurden. In rasantem Tempo, begleitet von erneuten Massenfluchtversuchen, Streiks, Hungerrevolten und Resignation besonders bei jüngeren Menschen, aber auch einem regelrechten Boom bei den Glaubensgemeinschaften, wechselten sich wichtige politische und soziale Ereignisse ab.

Demokratisierung mit Hindernissen

Die aus den Wahlen im März 1991 als Sieger hervorgegangene kommunistische Partei der Arbeit Albaniens (PAA) besetzte zunächst alle Staatsämter aus eigenen Reihen. *Ramiz Alia* (PAA), der am 11. Mai 1991 vom Parlament in der Hauptstadt Tirana in einer geheimen Abstimmung mit 172 von 250 Stimmen als Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung wiedergewählt wurde, sah sich infolge andauernder Unruhen in der Bevölkerung gezwungen, die Regierung innerhalb von sechs Monaten viermal umzubilden. Ein *Mehrparteiensystem* konnte sich nur allmählich entwickeln, da es in Albanien an einer demokratischen Tradition, aber auch an den nötigen finanziellen Mitteln fehlte. Die Bereitschaft zu einer konstruktiven Zusammenarbeit „zum Wohle des Volkes“ zwischen den regierenden Kommunisten und den oppositionellen Demokraten, Republikanern (RP) und später auch den Sozialdemokraten (SDP) war nicht allzu groß. Die Kommunisten blockierten die Zusammenarbeit aus Angst vor einem eventuell zu großen Einfluß der „Konkurrenz“ und die Opposition aus Protest und Enttäuschung gegenüber den Wählern, die ihre Stimmen erneut den (Reform-)Kommunisten gegeben hatten. So kam es auch öfters zum Boykott der parlamentarischen Arbeit seitens der Demokratischen Partei (DP). Ihr vom unabhängigen Gewerkschaftsbund unterstütztes Bemühen, die Regierung auf Schritt und Tritt zu kritisieren und sie auf legalem Wege zu stürzen, gab die DP nicht auf.

Zu den Hauptforderungen der Opposition gehörte die Umwandlung Albaniens in einen Rechtsstaat, eine wirkliche Demokratisierung und die Verwirklichung der Menschenrechte. Außerdem bestand die Opposition darauf, die desolate Wirtschaftslage zu verbessern und die soziale Marktwirtschaft einzuführen. Bürokratismus und behördlicher Schlampe sollte der Kampf angesagt werden, die kommunistische Ideologie aus allen öffentlichen

Bereichen verschwinden. Man wollte die Lage der albanischen Frau verbessern, eine 40-Stunden-Woche einführen und staatliche wie religiöse Feiertage voll bezahlen lassen. Ein neues Agrarprogramm und eine Bodenreform sollten zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bauern beitragen.

Am 28. April 1991 wurde eine *provisorische Verfassung* verabschiedet und die Volksrepublik in Republik Albanien umbenannt. In der neuen Verfassung wurden politischer Pluralismus, die Würde des Menschen, die freie Entwicklung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz sowie Gewaltenteilung, freie Wahlen und das Recht auf Privateigentum verankert. Unter Berufung auf diese Verfassung, die auch die Trennung von Partei- und Staatsämtern vorschrieb, gab *Ramiz Alia* am 5. Mai 1991 alle seine Parteiämter, d. h. seinen Parteivorsitz und seine Mitgliedschaft im Politbüro der PAA sowie im Zentralkomitee, auf. Wie er damals selbst formulierte, wolle er in Zukunft „der Präsident aller Albaner“ sein, ganz gleich welcher Partei sie angehörten.

Nach einer Regierungsumbildung am 11. Mai 1991 teilte Ministerpräsident *Fatos Nano* das Innenministerium in zwei Ressorts. Chef des Ministeriums für öffentliche Ordnung wurde der frühere Leiter der Polizei in Tirana, *Hajredin Shyti*, während der bisherige Innenminister *Gramoz Rucaj* das Nationale Sicherheitskomitee – die Neubenennung für die frühere Geheimpolizei Sigurimi –, übernahm. Dies führte zu einem Eklat. Der Rücktritt *Rucaj*s wurde von den 75 Abgeordneten der DP gefordert, die aus Protest geschlossen das Parlament verließen. *Rucaj* wurde besonders für den Tod von vier Personen bei antikommunistischen Demonstrationen Anfang April in Shkoder verantwortlich gemacht.

Durch einen *Generalstreik*, dem sich über 250 000 Arbeiter anschlossen, wurde mindestens 90 Prozent der albanischen Industrie und das öffentliche Verkehrsnetz lahmgelegt. Die ohnehin katastrophale Wirtschaftslage wurde dadurch nicht gefördert, es kam aber zu einer erneuten Regierungsumbildung. Die neue nichtparlamentarische „Regierung der Stabilität“ – die erste Koalitionsregierung – kam unter Beteiligung von Experten der PAA, der DP, der RP, der SDP und der Agrar-Partei (AP) zustande. Präsident *Ramiz Alia* ernannte den bisherigen Ernährungsminister *Ylli Buffi* (PAA) zum Ministerpräsidenten, der in sein Kabinett den Oppositionsführer und Universitätsprofessor für Wirtschaftswissenschaften, *Gramoz Pashko* (DP), als Vizeministerpräsident berief.

Auf ihrem 10. Parteitag vom 10. bis zum 13. Juni 1991 rechnete die kommunistische „Partei der Arbeit Albaniens“ mit ihrer Vergangenheit ab und benannte sich in „Sozialistische Partei Albaniens“ (SPA) um. Erst nach heftigen Kontroversen konnten sich die Reformkräfte gegenüber Altstalinisten und Hoxha-Anhängern durchsetzen. Daraufhin wurden neun ehemalige Politbüro-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Die aus dem Munde des Vorsitzenden des albanischen Schriftsteller- und Künstlerverbandes, *Dritero Agolli*, erklingenen scharfen

Töne gegen den im Jahre 1985 verstorbenen Parteichef *Enver Hoxha* lösten einen Tumult unter den Hoxha-Anhängern aus. Als wichtigste Ziele wurden die Ankurbelung der Industrie durch Behebung des Rohstoffmangels, die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der sozialen Ruhe sowie die Vorbereitung der gesetzlichen Regelungen für die Marktwirtschaft und die Privatisierung beschlossen.

Wirtschaftliche Misere und wachsende Kriminalität

Als Anerkennung für den ernsthaften Reformkurs und für das Voranschreiten der Demokratisierung wurde die Republik Albanien am 19. Juni 1991 in die Reihen der *KSZE-Staaten* aufgenommen. Dies konnte jedoch Tausende von Albanern nicht davon abhalten, sich als „Wirtschaftsflüchtlinge“ im August des Vorjahres zu einer Adria-Odyssee zu entschließen und sich nach Italien abzusetzen. Wie miserabel die Situation war, wurde aus dem Bericht eines Albanienbesuchers deutlich. Er meinte, die Wirtschafts- und Versorgungslage sei in Albanien so ernst, daß ein Albaner, hätte er die Möglichkeit nach Rumänien auszuwandern, sich dort wie im Paradies vorzukommen würde.

Albanien ist mit einem Altersdurchschnitt von 26 bis 28 Jahren das jüngste Volk Europas. In der Nachkriegszeit gab es eine Pro-Geburten-Politik, so daß sich die Bevölkerung innerhalb von etwa 30 Jahren verdoppelte. Im Jahre 1960 hatte Albanien 1,6 Millionen Einwohner, bei der Volkszählung im Jahre 1989 waren es schon 3,2 Millionen. Das jährliche Prokopfeinkommen beträgt ca. 600 Dollar, und die Inflationsrate wird auf 60 bis 100 Prozent geschätzt. Die landwirtschaftlichen Erträge gingen um 50 Prozent zurück. Die Exporte waren mit 41 Mill. Dollar ebenso wie die Importe in den vergangenen Jahren mit 50 Mill. Dollar nur minimal. Die Auslandsschulden beliefen sich 1990 auf 450 Mill. Dollar und mit den Zinsen sogar auf 700 Millionen.

Etwa zwei Drittel der albanischen Bevölkerung leben auf dem Land, und rund die Hälfte der Gesamtbevölkerung ist in der *Landwirtschaft* beschäftigt. Dabei gibt es nur relativ wenig bebaubaren Boden. Besonders in den bergigen Gegenden kommen auf jede Familie weniger als 0,3 bis 0,4 ha Boden. Bereits im Sommer 1991 sprach man von über 50 000 Arbeitslosen, und als Konsequenz daraus wurde in Erwägung gezogen, erstmals in der Geschichte Albaniens Arbeitslosengeld einzuführen.

Wöchentlich kommen größere Mengen von Getreide, Bohnen, Butter und Fleisch. Es scheint jedoch, daß man damit die Bevölkerung nicht befriedigen kann. Auch Albaniens *Gesundheitswesen* scheint am Ende zu sein. Augenzeugen berichten immer wieder von einem Bild des Grauens in den Krankenhäusern. Es sei keine Seltenheit, daß Neugeborene auf Zeitungspapier gelegt würden. Aus dem Gesundheitsministerium war zu hören, daß man dringend Medikamente im Wert von mindestens 12 Mill. Dollar sowie medizinische Geräte benötige. Nach Anga-

ben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) hungert in Albanien jedes dritte Kind. Bis zu 50 Prozent der Kinder sind demnach in den rückständigen ländlichen Regionen unterernährt.

Ein weiteres Problem ist die *Kriminalität*. Sie ist in Albanien sprunghaft gestiegen (die Mordfälle um 55 und die Raubdelikte sogar um 70 Prozent). Plünderungen machten auch vor Kirchen und Moscheen nicht mehr halt. So ließen Priester in Tirana an der katholischen Kirche Eisengitter vor Türen und Fenstern anbringen. Die damalige Regierung von *Vilson Ahmeti* wandte sich zum Jahresanfang sogar an INTERPOL, um technische, finanzielle und fachliche Hilfe zu erbitten. Auch in Ungarn holten sich albanische Fachleute Rat, um die Kriminalität im eigenen Lande effektiver bekämpfen zu können.

Im vergangenen Winter kam es zu einer schweren Regierungskrise. Unter dem Vorwurf, die Sozialisten würden die wirtschaftlichen Reformen absichtlich behindern, verkündete am 4. Dezember 1991 die Führung der DP, daß sie an der Regierung mit sofortiger Wirkung nicht mehr teilnehmen und ihre sieben Minister zurückziehen werde. Am selben Tag wurde *Nexhmija Hoxha*, die Witwe des ehemaligen Diktators, unter dem Verdacht der Veruntreuung öffentlicher Gelder verhaftet. Der am 11. Dezember 1991 zum Ministerpräsidenten ernannte 40jährige parteilose *Vilson Ahmeti* bildete eine aus unabhängigen Experten bestehende neue Regierung für die Übergangszeit bis zu den nächsten Wahlen.

Ablösung der ehemaligen Kommunisten

Unter dem Druck der nunmehr vereinigten Opposition wurden auf den 22. März 1992 *vorzeitige Parlamentswahlen* angesetzt und auch reibungslos durchgeführt. Um eine eventuelle Wahlmanipulation sowie Angst und Druck zu verhindern, die auf die Wähler hätten ausgeübt werden können, wurde noch Anfang März der „Verband für freie Wahlen und demokratische Kultur“ von Intellektuellen, Studenten und Arbeitern, die keiner politischen Partei angehören, gegründet.

Laut Mitteilung der zentralen Wahlkommission in Tirana nahmen von insgesamt 2 021 169 Stimmberechtigten 1 826 142 bzw. 90,35 Prozent an der Wahl teil. Mit überwältigender Mehrheit (62,08 Prozent) siegte die Demokratische Partei gegenüber der Sozialistischen Partei (25,73 Prozent). Sie verfehlte jedoch knapp eine Zweidrittelmehrheit. Die Sozialdemokratische Partei errang 4,38 Prozent, die Republikanische Partei 3,11 Prozent, die Unionspartei für Menschenrechte 2,9 Prozent und die sonstigen Parteien erhielten zusammen 1,78 Prozent. Für die 140 Parlamentssitze hatten sich 517 Kandidaten von elf Parteien zur Wahl gestellt. Das Wahlgesetz sah eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht vor, wobei 100 Abgeordnete direkt gewählt werden konnten. Die DP bekam 92, die SP 38, die SDP sieben, die Unionspartei für Menschenrechte zwei und die RP einen Parlamentssitz.

Nach diesem Wahlergebnis setzten die Demokraten mit dem 47jährigen Herzchirurgen *Ismail-Sali Berisha* an der Spitze der kommunistisch-sozialistischen Alleinherrschaft ein Ende. Der bisherige albanische Staatspräsident, der 67jährige Ramiz Alia, erklärte am 3. April angesichts des Wahlergebnisses seinen Rücktritt. Alia tat dies, wie er in einer Rundfunkansprache erläuterte, mit Rücksicht „auf das Wohl des Vaterlandes, den politischen Fortschritt und die politische Konsolidierung in Albanien“. Entgegen manchen Befürchtungen, die Demokraten würden mit einer Reihe von Racheakten gegen die früheren Kommunisten vorgehen, versicherte der DP-Führer Ismail-Sali Berisha, der inzwischen am 9. April mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zum Präsidenten der Republik Albanien gewählt wurde, dies werde nicht geschehen. Albanien sei in einer so desolaten Lage, daß für Rache gar keine Zeit übrigbleibe. Gegen einen Revanchismus werde er kämpfen, denn, so Berisha, „wir alle in diesem Staat sind verantwortlich für unsere Vergangenheit, und wir alle sind Opfer dieser Vergangenheit“. Für ihn sei wichtig, so versicherte er, die Demokratie in Albanien zu verwirklichen und durch umfassende Reformen das kleine und ärmste Balkanland aus der Krise zu führen. Albanien werde von Deutschland das Konzept der sozialen Marktwirtschaft übernehmen. Berisha sicherte zu, die künftige albanische Regierung werde eine Politik der offenen Türen betreiben, andere Meinungen respektieren und sich bemühen, mit denjenigen, die eine andere Meinung vertreten, zusammenzuarbeiten.

Die vom Regierungschef *Aleksander Meksi* vorgeschlagene neue Regierung wurde durch einen Staatsakt von Staatspräsident Berisha am 13. April ernannt. In das aus neunzehn Mitgliedern bestehende Kabinett wurden zwei Unabhängige und je ein Vertreter der Sozialdemokraten und der Republikaner berufen. Alle anderen Ministerposten wurden von der Demokratischen Partei besetzt. Die Sozialistische Partei wurde entsprechend den Erwartungen aus der Regierung ausgeschlossen und bildet somit jetzt die größte Oppositionspartei in Albanien.

Das *Wirtschaftsprogramm* der Regierung Meksi sieht eine völlige Privatisierung von Grund und Boden sowie die zwar schrittweise zu vollziehende, aber vollständige Privatisierung der meisten Staatsbetriebe, von Handel, Verkehrswesen, Fischerei- und Bergbauindustrie vor. Von der Freigabe der Preise sollen vorerst der Energiesektor, Ölprodukte sowie die Telekommunikation ausgenommen bleiben. Das erste vom neugewählten Parlament verabschiedete Gesetz bezog sich auf die Entfernung des Sowjet-Sterns aus der albanischen Nationalflagge sowie von der Kopfbedeckung der Soldaten und der Sicherheitskräfte. Dieser symbolische Akt besiegelte das Ende der kommunistischen Herrschaft in der jetzigen Republik Albanien.

Einer der Gründe für das *rasche Erwachen der Religiosität* in Albanien ist sicherlich die Tatsache, daß die Religion jahrzehntelang per Gesetz unterdrückt wurde. Nach übereinstimmenden Informationen sind seit der Legalisierung der freien Glaubensausübung im Jahre 1990

sowohl die Muslime, als die größte Glaubensgemeinschaft, als auch die Katholiken und die orthodoxen Christen bemüht, ihre Kultstätten wieder herzustellen und Gemeindestrukturen aufzubauen. Von Seiten der Regierung wurde im Oktober 1991 beschlossen, die im Jahre 1967 konfiszierten Güter, Immobilien und Hunderte von Hektar Land an die Religionsgemeinschaften zurückzugeben. Bereits seit Monaten sind albanische katholische Priester aus dem benachbarten Kosovo in Tirana und in der katholischen Hochburg Shkoder sowie in Durres tätig. Einer von ihnen, *Marko Sopi*, berichtete unlängst, in den letzten fünf Monaten hätten sich 300 Einwohner von Durres taufen lassen, und zum Sonntagsgottesdienst würden sich bis zu 3000 Personen versammeln.

Die Religionsgemeinschaften haben Zulauf

Eine Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) stellte im August 1991 nach einem Besuch fest, da die Kirchen mit dem kommunistischen Regime nie kollaboriert hätten, hätten sie jetzt einen hohen moralischen Kredit und die Menschen würden ihnen vertrauen. In einem Land, in dem es so viel Haß und wenig Hoffnung gebe, sähen die Christen ihre Aufgabe in der Versöhnung und darin, beim Wiederaufbau der albanischen Gesellschaft auf dem Wege der Demokratisierung eine positive Rolle zu spielen.

Im Sommer 1991 kam es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Albanien; Erzbischof *Ivan Dias* wurde zum Apostolischen Nuntius in Tirana ernannt. Mit finanzieller Unterstützung der Italienischen Bischofskonferenz wurde im Oktober des Vorjahres in Shkoder das erste katholische Priesterseminar im ehemaligen Ordinariatsgebäude, das zuletzt als Theater fungierte, eingerichtet. Mit der Ausbildung der bisher 30 angemeldeten Seminaristen beauftragte Nuntius Dias drei ausländische Jesuiten. Johannes Paul II. empfing am 6. Mai 1992 den demokratisch gewählten albanischen Präsidenten Berisha in Audienz. Berisha hat den Papst unmittelbar nach seinem Wahlsieg im März dieses Jahres nach Albanien eingeladen und ihm auch jetzt für die bisherige moralische und finanzielle Hilfe in der schwierigen Übergangszeit gedankt.

Auch ausländische islamische und orthodoxe Würdenträger besuchen sporadisch das Land. Zur Eröffnung einer Koran-Schule in der Hauptstadt am 18. Oktober 1991 reiste unter der Leitung von *Hamid Al-Gabid* eine Delegation der Islamischen Weltkonferenz nach Albanien. Nach ihrer Rückkehr nach Saudi-Arabien appellierte die Delegation an die islamischen Staaten, Albanien wirtschaftlich zu unterstützen und somit das Balkanland an die Welt des Islams anzunähern. Vom früheren albanischen Außenminister *Muhamet Kaplani* wurde berichtet, er sei durch intensive Kontakte zu arabischen Ländern zum Befürworter einer muslimischen Vorherrschaft in Albanien geworden.

Sowohl für die traditionellen Religionsgemeinschaften wie auch für die albanischen Behörden bedeuten die verschiedenen *Sekten* ein immer größer werdendes Problem. „Missionare“ aus Übersee bevölkern gegenwärtig die Hotels der Hauptstadt. Einige von ihnen treten in Form von Hilfskomitees auf. Andere wiederum lassen ihren Bekehrungseifer selbst an hart gesottene Angehörigen des „Devisenbeschaffungsgewerbes“ aus. Sie füllen die Speisesäle mit frommen Gesängen und zeigen triumphierend die Zulassung ihrer „Kirche“ vor. Es gab Meldungen, daß bereits im Mai 1991 etwa 30 evangelische Missionsgesellschaften sich zum Zwecke der Arbeit in Albanien unter der Bezeichnung „Albanian Encouragement Project“ zusammengeschlossen hätten. An einer ihrer Großkundgebungen Anfang Juli 1991 in einem Fußballstadion in Tirana soll auch der damalige albanische Kultusminister *Prec Zogaj* begeistert teilgenommen haben. Seit Oktober hat die Euphorie nachgelassen. Für die Missionsveranstaltungen der Neoprotestanten sind seitdem immer schwieriger von den albanischen Behörden und von der Polizei Genehmigungen zu erhalten. Einige sehen

darin Widerstand gegen die oft aggressiven Missionsmethoden vieler neoprotestantisch-fundamentalistischer Gruppierungen.

Die allgemeine Lage in Albanien ist extrem schwierig. Die Not ist auf allen Gebieten sehr groß. Der neue Staatspräsident Berisha hat versprochen, Albanien in Europa zu integrieren. Dies versicherte er auch in seiner Rede Anfang Mai vor dem Europaparlament und forderte gleichzeitig die Länder des Europarates auf, Arbeitskräften aus seinem Land Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Die Arbeitslosigkeit in Albanien sei die höchste in Europa – zwischen 70 und 80 Prozent.

Die NATO hat neulich ihre Bereitschaft signalisiert, die Aufnahme Albaniens in den Kooperationsrat der westlichen Allianz zu prüfen. Ein wirklicher demokratischer Fortschritt in Albanien ist ohne massive wirtschaftliche Hilfe des Auslandes nicht möglich, daher sind auch Investoren mehr als willkommen. Nach einem „politischen“ wollen nun die Menschen in Albanien auch einen „wirtschaftlichen Frühling“ erleben.

Jozsef Bata

Kurzinformationen

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken fordert verbesserte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zugunsten von Kindern

Aus Anlaß der diesjährigen „Woche für das Leben“ (sie wurde vom 17. bis 24. Mai abgehalten und am 16. Mai in Dresden mit einem Kinderfest eröffnet) veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine Erklärung, die das Thema der Woche für das Leben: „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“ aufgreift. Es werde seit Jahrzehnten darüber gesprochen, wie wichtig Kinder seien, aber Konsequenzen seien nur wenig und nur halbherzig gezogen worden. Auf diesem Hintergrund skizziert das ZdK eine ganze Reihe von Forderungen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kinder. Verlangt werden u. a. der *Ausbau und die Fortschreibung des Familienlastenausgleichs*, die Ausweitung der Bezugsdauer für das Erziehungsgeld, bedarfsgerechte und flächendeckende Angebote für unterschiedliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die *Gewährung eines Rechtsanspruchs auf Kindergartenplätze*. Es gehe nicht an, daß Frauen, die sich der Kindererziehung gewidmet hätten, dies mit lebenslanger beruflicher Benachteiligung, Karriereknick und Rentendefizit bezahlen müßten. Die Erklärung fordert auch ein verstärktes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen und die verstärkte Einführung von betriebsbezogenen und familienfreundlichen Modellen flexibler Arbeitszeit. Die wohnungspolitischen Hilfen für Familien, besonders mit mehreren Kindern, vor allem in Ballungsgebieten und in den neuen Bundesländern müßten aufgrund des extrem angestiegenen Mietpreinsniveaus dringend verbessert werden. Angesichts der zunehmen-

den *Armut* bei vielen Familien mit Kindern weist das ZdK darauf hin, Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik sollten so fortentwickelt werden, daß Familien gar nicht erst in die Lage gerieten, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Die Erklärung macht auch auf die hohe Bedeutung der *Bildungspolitik* aufmerksam: Im Mittelpunkt schulischen Unterrichts müsse die umfassende Förderung der Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen stehen.

Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes bilanziert Arbeit in den neuen Bundesländern

Von einer erheblichen Umstellung der Caritasarbeit im Osten nach der Vereinigung sprach der Caritasdirektor von Thüringen, *Peter Hostombe*, anläßlich der Zentralratssitzung des Deutschen Caritasverbandes Anfang Mai in Dresden, bei der eine Zwischenbilanz der Caritasarbeit im geeinten Deutschland gezogen wurde. Vor völlig neuen Herausforderungen sei die Caritas in den neuen Bundesländern durch die Aufgaben in der ambulanten Hilfe und Beratungstätigkeit – die stationären Einrichtungen seien auch im alten System erhalten geblieben – gestellt. Dies betreffe vorwiegend Sozialstationen, Alkoholiker- und Suchtberatungsstellen, Beratungsstellen für Aussiedler und Asylbewerber und Schwangerschaftsberatungsstellen. Im Zeitraum von Oktober 1990 bis zum März dieses Jahres wurden in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin 67 Sozialstationen und 29 Schwangerschaftsberatungsstellen neu eingerichtet. Jedoch sei insgesamt zu beachten, daß bei nur etwa fünf Prozent Katholiken in den neuen Bundesländern eine *flächendeckende*